

Geschäftsbericht 2003

Der letzte Geschäftsbericht wurde auf der Jahrestagung in Hamburg am 30. Mai 2003 erstattet und umfasste nicht nur das Jahr 2002, sondern auch die ersten 5 Monate des Jahres 2003. In diesem Jahr findet die Jahrestagung wegen des AIPPI-Kongresses im Sommer in Genf ausnahmsweise im September statt. Das bedeutet aber, daß aus Gründen der Kontinuität der Geschäftsbericht nicht nur das Jahr 2003, sondern auch die ersten 8 Monate des Jahres 2004 umfasst.

Der Geschäftsbericht folgt dem Gliederungsschema der letzten Jahre, berichtet über die letztjährige Jahrestagung (I.), die Arbeit der Fachausschüsse (II.), die Tätigkeiten in den Bezirksgruppen (III.), widmet sich den Zeitschriften, die von der Vereinigung in Zusammenarbeit mit dem Beck-Verlag herausgegeben werden (IV), gibt Auskunft zu den Fortbildungsprogrammen, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Anwalt Akademie (V.), ausgeführt werden, legt Rechnung zu den Tätigkeiten des Wissenschaftsfonds (VI.), beschäftigt sich unter dem Stichwort „Internationalisierung“ mit der Öffnung der Vereinigung in sachlicher Hinsicht, was die Themen angeht, aber auch im Hinblick auf die Beziehungen zu anderen Organisationen und Institutionen außerhalb Deutschlands, außerhalb der EU (VII.). Die Zusammenarbeit mit anderen nationalen Institutionen wird unter (VIII.) dargestellt. Es folgt der Bericht über die Arbeit der Geschäftsstelle (IX.), die statistischen Daten. Abgeschlossen wird der Geschäftsbericht mit Zusammenfassung und Ausblick (X.)

Wenn auch über all diese Punkte vollständig berichtet wird, so darf nicht verkannt werden, dass es - wie in jedem Jahr - Schwerpunkte gab. Es stand im Vordergrund die Arbeit der Fachausschüsse, außerdem die Internationalisierung. Wie immer kommt der Tätigkeit des Wissenschaftsfonds eine besondere Bedeutung zu.

I. Rückblick auf die Jahrestagung in Hamburg:

Die letztjährige Jahrestagung fand vom 28. bis 31. Mai in Hamburg statt. Sie ist von der Bezirksgruppe Nord ausgerichtet worden. Besonderer Dank gilt den Herren Dr. Schaeffer und Bothe, natürlich auch den Mitarbeitern der beiden Büros. Die Jahrestagung war hervorragend organisiert, war inhaltlich im Haupt- und Nebenpro-

gramm attraktiv, was auch durch die starke Beteiligung an den einzelnen Veranstaltungen deutlich wurde.

Zu den Themen der Jahrestagung in Hamburg:

Sitzung des Fachausschusses für Kartellrecht

Referate und Podiumsdiskussionen zum Thema „Die Zukunft des deutschen Kartellrechts nach der neuen EU-Verfahrensordnung“

Leitung: Prof. Dr. Ulrich Loewenheim

Referenten: Dr. Peter Klocker, Direktor der Abt. Europäisches und Intern. Kartellrecht beim Bundeskartellamt, Prof. Dr. Helmut Schröter, Direktor a.D. bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, RA Andreas Röhling, Köln.

Weitere Teilnehmer auf dem Podium: Prof. Dr. Joachim Bornkamm, Richter am BGH, Ministerialrat Michael Baron, BMWA

Sitzung des Fachausschusses für Patent- und Gebrauchsmusterrecht

Referate und Podiumsdiskussionen zum Thema „Die FESTO-Entscheidung – und die europäische Sicht“

Leitung: RA Dr. Thomas Reimann

Referenten: PAin Katja Bergen-Babinecz, DaimlerChrysler AG und
PAss. Dr. Nikolaus Hinrichs, DaimlerChrysler AG

Weitere Teilnehmer auf dem Podium: PA Dr. Eugen Popp, Stuttgart,
PA Rolf W. Einsele, DaimlerChrysler AG, PA Erik R. Swanson, Frankfurt,
PA Dr. Christof Keussen, Hamburg

Sitzung des Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht

„Das Koordinatensystem des Rechts des unlauteren Wettbewerbs im Spannungsfeld zwischen Europa und Deutschland“

Leitung: Rechtsanwalt Dr. Henning Harte-Bavendamm, Hamburg

Referenten: Prof. Dr. Eike Ullmann, Vors. Richter am BGH,
Prof. Dr. Olaf Sosnitza, Universität Würzburg

Sitzung des Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht

„Der Schutzzumfang im markenrechtlichen Eintragungs- und Verletzungsverfahren“

Leitung: Rechtsanwalt Dr. Henning Harte-Bavendamm

Referent: Prof. Dr. Karl-Heinz Fezer, Universität Konstanz

Der Gesamtvorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung vor allen Dingen mit der Arbeit der Fachausschüsse und unter dem Stichwort „Internationalisierung“ mit der notwendigen Anpassung der Vereinigung an die internationalen Entwicklungen. Der Geschäftsführende Ausschuss wurde beauftragt, sich diesen beiden Komplexen besonders zu widmen. Über die Tätigkeiten wird jeweils bei den einzelnen Gliederungspunkten berichtet.

Auf der Mitgliederversammlung wurde Herr Dr. Lederer zum Ehrenmitglied ernannt, dies im Hinblick auf seine besonderen Verdienste als langjähriger Vorsitzender der Bezirksgruppe Bayern und als Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung führte Herr Professor Neumeier in einem eindrucksvollen Gespräch, das sehr überzeugend von Frau Dr. Sandberg moderiert wurde, in die Arbeit des Leiters eines weltweit renommierten Ballets ein.

II. Zu den Fachausschüssen:

Die Vereinigung kommt ihrer Aufgabe als einer wissenschaftlichen Vereinigung im wesentlichen durch die Arbeit der Fachausschüsse nach. Satzungsgemäß werden dort die Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und zu wichtigen Fragen der Rechtsentwicklung vorbereitet. Es ist daher wichtig, regelmäßig die Tätigkeit der Fachausschüsse darauf zu überprüfen, ob mit den vorhandenen Fachausschüssen wirklich alle Rechtsentwicklungen abgedeckt werden können. Wichtig ist auch, die Arbeit der Fachausschüsse zu koordinieren. Der Gesamtvorstand hatte daher dem Geschäftsführenden Ausschuss aufgegeben, alle Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Fachausschüsse zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Auf dieser wurden organisatorische Fragen und inhaltliche Themen besprochen. Es wurde ein Papier, ein Leitfaden erarbeitet, mit dessen Hilfe die Tätigkeiten der Ausschüsse aufeinander abgestimmt werden sollen. Dieser Leitfaden, der von allen Vertretern der Ausschüsse gemeinsam vorgelegt worden ist, wurde allen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden übermittelt. Zudem ist beschlossen worden,

zukünftig eine Datenbank aufzubauen, in der alle Informationen, die die Ausschüsse betreffen, aber auch alle Arbeitsergebnisse der Ausschüsse gesammelt werden. Allen Ausschussmitgliedern soll der Zugriff auf diese Daten ermöglicht werden. Diese Zugriffsmöglichkeiten sollen dann erweitert werden, so dass nach Abschluß der Arbeiten alle Mitglieder der Vereinigung auf die jeweils aktuellen Daten zu den einzelnen Rechtsgebieten greifen können.

Die Anzahl der Ausschüsse soll vorerst nicht verändert werden. Die beiden Arbeitskreise Biotechnologie und Verfahrensrecht sollen beibehalten werden. Es ist zudem ein Unterausschuss gebildet worden, der sich der Frage zuwenden soll, ob für den Bereich von Hard- und Software ein eigener Arbeitskreis zu bilden ist.

Außer den Sitzungen auf der letzten Jahrestagung, die vorstehend aufgeführt sind, haben die einzelnen Ausschüsse im Berichtszeitraum getagt, haben sich mit den nachfolgend aufgeführten Themen beschäftigt:

Fachausschuß für Arznei- und Lebensmittelrecht

Der Ausschuß tagte zweimal, einmal am 28.10.2003 in Bonn, einmal am 11.5.2004 in Köln. Er war beim Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde und bei der Firma Klosterfrau zu Gast. Zur Sitzung im Herbst 2003 war auch Herr Ministerialrat Bialonski vom BMVEL eingeladen worden.

Im Berichtszeitraum lag das Schwergewicht der Ausschussarbeit auf dem Gebiet des Lebensmittelrechts, insbesondere wurden zwei Stellungnahmen von GRUR zur geplanten Verordnung der EG über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben erarbeitet (GRUR 2003, 770 ff. und 2004, 306 ff.). Erörtert wurde auch, ob es zweckmäßig sei, zum Referentenentwurf eines Lebensmittel und Futtermittelgesetzbuches (LFGB), das das alte Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz (LMGB) ablösen wird, eine Stellungnahme auszuarbeiten. Obwohl die Notwendigkeit an sich gesehen wurde, nahm der Ausschuß aus Zeitgründen davon Abstand. Die Arbeiten im zuständigen Bundesministerium (BMVEL) wurden angesichts des durch die Verordnung (EG)178/2002 vorgegebenen Zeitrahmens (1. Januar 2004) mit so großer Eile vorangetrieben, daß wenig Aussicht bestand, mit einer Stellungnahme Einfluß auf das Gesetzgebungsverfahren nehmen zu können.

Im Arzneimittelrecht befaßte sich der Ausschuß mit dem Stand zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG über Humanarzneimittel, mit Neuentwicklungen zur Abgrenzung Arzneimittel/Lebensmittel, Problemen des Parallelimports, insbesondere zur Mitteilung der Kommission über Paralleleinfuhren von Arzneimittelspezialitäten. Gegenstand der Beratungen war auch die 12. AMG-Novelle. Zur Frage des Reformbedarfs von § 12 HWG infolge der Änderung von Art. 88 Abs. RL 83/20017EG hat der Ausschuß eine Stellungnahme erarbeitet.

Fachausschuß für Erfinderrecht

Der Ausschuss tagte am 15.07.2004. Gegenstand der Diskussion war der Stand der Reformarbeiten zum Gesetz über Arbeitnehmererfindungen. Hierbei wurde im Einzelnen – in Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Ministerien – die von der Projektgruppe ArbEG überarbeitete Fassung des Referentenentwurfs eines zweiten Änderungsgesetzes diskutiert. Weiteres Thema war der Bericht für die deutsche Landesgruppe der AIPPI über das deutsche Arbeitnehmererfinderrecht (Rechte des Arbeitnehmers/Dienstherrn am geistigen Eigentum – Q183). Herr Professor Dr. Kurt Bartenbach wurde als Nachfolger von Herrn Neubert zum Vorsitzenden gewählt

Fachausschuß für Geschmacksmusterrecht

Es fand keine Sitzung im Berichtszeitraum statt.

Fachausschuß für Kartellrecht

Dieser Ausschuss tagte im Berichtszeitraum dreimal, und zwar am 13. November 2003, am 23. März 2004 und am 7. September 2004.

In der Sitzung am 13.11.2003 wurden zum einen der Referentenentwurf zur 7. GWB-Novelle, ferner der Entwurf der EU-Kommission zur TechnologietransferVO und die Entwürfe der Kommission zu den Bekanntmachungen und Leitlinien zu Art. 81 und 82 EG behandelt.

Im Vordergrund der Sitzung am 23.3.2004 stand wiederum die 7. GWB-Novelle. Am 07.09.2004 standen auf der Tagesordnung erneut die 7. GWB-Novelle, zu der die Stellungnahme des Bundesrates und die Gegenäußerung der Bundesregierung vor-

lagen, zum anderen eine an unseren Ausschuß gerichtete Anfrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, in der es darum geht, ob parallel zur europäischen Fusionskontrollverordnung auch im deutschen Kartellrecht das materielle Untersagungskriterium auf die „erhebliche Behinderung effektiven Wettbewerbs“ reduziert werden sollte.

Fachausschuß für Patent- und Gebrauchsmusterrecht

Es hat keine weitere Sitzung stattgefunden.

Fachausschuß für den Schutz von Pflanzenzüchtungen

Der Sortenausschuß hat am 19. März getagt. Die Sitzung befasste sich aus gegebenem Anlass und auf Wunsch aus dem Kreis der Pflanzenzüchter mit Problemen, die in einzelnen Prüfungsverfahren bei zum Schutz angemeldeten neuen Sorten aufgetreten sind, und mit Problemen beim Nachweis von Sortenschutzrechtsverletzungen, die sich aus der Natur der Pflanze als nicht-statischem Wesen ergeben. Darüber hinaus wurde der Vorschlag einer Verordnung des Rates der EU-Kommission zur Änderung der Grundverordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz und dessen Auswirkungen auf das Sortenschutzrecht im Bereich Forschungsvorbehalt/Landwirteprivileg in gegenseitiger Lizenz sowie über den Stand der Umsetzung der Richtlinie zum Schutz biotechnologischer Erfindungen diskutiert. Aufgrund der Themenwahl nahm an der Sitzung als Gast u.a. der Stellvertretende Generalsekretär des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) teil.

Zum ersten Problemkreis gehören die Kennzeichnung der geschützten Sorte durch die technische Merkmalstabelle als Anlage zur Erteilungsurkunde, wobei die Frage aufgeworfen wurde, ob auch bei Zierpflanzen eine hinreichende Kennzeichnung möglich ist, um zu einer Zeit von allgemeinem Interesse eine sichere Beurteilung zu ermöglichen, ob eine bestimmte Pflanze der geschützten Sorte angehört oder nicht. Erörtert wurden ferner mögliche Rechtsfolgen falscher oder fehlerhafter Angaben in Sortenschutzanmeldungen, insbesondere bezüglich der Elternsorten, und ob die Entwicklung dahin geht, dass ein genetischer Kompass Anmeldevoraussetzung werden könnte. Eine wissenschaftliche Arbeit am MPI von Prof. Dr. J. Straus zum Schutz

nicht unterscheidbarer Pflanzensorten wurde erörtert. Über Erfahrungen mit "im wesentlichen abgeleitete Sorten" aus Züchterkreisen wurde berichtet. Im Rahmen des Patentschutzes gentechnisch veränderter Pflanzen, die selbst keine Sorte darstellen, ist die Anspruchsbeschreibung bei Nukleinsäuresequenzen in bestimmten Bereichen über die Merkmale "Hybridisierung" und "Prozenthomologie" durch Ausführungsbeispiele möglich, wie ein Erfahrungsbericht aus dem Europäischen Patentamt zeigt.

Fachausschuß für Urheber- und Verlagsrecht

Es fand eine Sitzung am 2. Juli 2004 in München statt und zwar zum Thema „Korb 2 der Urheberrechtsreform“. Als Nachfolger von Herrn Professor Dr. Gerhard Schricker wurde Herr Professor Dr. Thomas Dreier, Karlsruhe, als neuer Vorsitzender, Herr Rechtsanwalt Gernot Schulze wurde als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Fachausschuß für Wettbewerbs- und Markenrecht

Der Fachausschuss für Wettbewerbs- und Markenrecht hat am 29. September 2003 getagt. Herr Rechtsanwalt Dr. Erhard Keller wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Beratungsgegenstand der Richtlinienentwurf über unlautere Geschäftspraktiken.

Vertreter des Fachausschusses waren zudem bei den Gesetzesberatungen zur UWG-Reform beteiligt. Herr Dr. Keller hat als Vertreter der Vereinigung an der öffentlichen Anhörung des Rechtsschusses des Bundestages teilgenommen.

Der **Arbeitskreis Verfahrensrecht** ist unter der Federführung von Herrn Professor Dr. Ahrens derzeit mit der Erarbeitung einer Stellungnahme zur Umsetzung der Richtlinien der Rechte des geistigen Eigentums beschäftigt.

Folgende Stellungnahmen wurden in den Fachausschüssen bzw. den Arbeitskreisen erarbeitet und dann vom Präsidenten und vom Generalsekretär als Stellungnahmen der Vereinigung bei den jeweils zuständigen Stellen eingereicht.

13.06.2003 Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

- 20.06.2003 Stellungnahme zur Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Nährwert-, Wirkungs- und gesundheitsbezogene Angaben auf Lebensmitteln (Arbeitsdokument Sanco/1832/2002). Die Stellungnahme wurde in deutsch und englisch eingereicht
- 08.12.2003 Zweite Stellungnahme zur Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Nährwert-, Wirkungs- und gesundheitsbezogene Angaben auf Lebensmitteln (Vorschlag für eine Verordnung KOM(2003) 424 endgültig) vom 16.07.2003
- 9.12.2003 Stellungnahme zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken im Binnenmarktin-ternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern – KOM (2003) 356 endg.
(in deutsch und englisch eingereicht)
- 18.12.2003 Stellungnahme zum Entwurf einer 7. GWB-Novelle
- 06.01.2004 Stellungnahme zum Entwurf einer Kommissionsverordnung über die Anwendung von Art. 81 Abs. 3 des EG-Vertrages auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen; ABl. C 235/11 vom 01.10.2003
- 16.01.2004 Stellungnahme zum Verordnungsentwurf zur Ausführung des Geschmacksmustergesetzes
- 06.09.2004 Stellungnahme zur Frage des Reformbedarfs von § 12 HWG infolge der Änderung von Art. 88 Abs. 2 Gemeinschaftskodex Humanarzneimittel (Richtlinie 2001/83/EG in der Fassung der Richtlinie 2004/27/EG)

III. Zu den Bezirksgruppen:

Im Zeitraum Juni 2003 bis August 2004 fanden insgesamt 80 Vortragsveranstaltungen in den einzelnen Bezirksgruppen statt, nämlich:

Bezirksgruppe Bayern:	9
Arbeitskreis Nordbayern:	5
Bezirksgruppe Südwest:	15
Arbeitskreis Mannheim:	5
Bezirksgruppe Frankfurt:	7
Bezirksgruppe West:	12
Bezirksgruppe Nord:	9
Bezirksgruppe Berlin:	7
Bezirksgruppe Mitte-Ost:	11

Bezirksgruppe Bayern

03.06 2003	Dr. George A. Matveyev, Patentanwalt in Moskau "Die Reform des russischen Markenrechts"
22.09.2003	Prof. John R. Thomas, Georgetown University, Washington, D.C. "Does patent quality matter?"
27.11.2003	Eugen Stohr, Europäisches Patentamt, München "Aktuelle Entwicklungen des Europäischen Patentrechts"
10.12.2003	Dr. Klaus Hinkelmann, Patentanwalt in München "Neuere Entwicklungen im japanischen Patentrecht - Patentverletzungs- und Nichtigkeitsverfahren"
08.01.2004	Herr Achim Bender, Richter am Bundespatentgericht, Mitglied der Dritten Beschwerdekammer des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt in Alicante "Neues zur Gemeinschaftsmarke"

- 18.02.2004 Herr Prof. Dr. Heermann, LL.M., Universität Bayreuth u. Richter am OLG Nürnberg
"Reform des UWG"
- 25.03.2004 Herr Alfred Keukenschrijver, Richter am X. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs
"Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht"
- 28.04.2004 Herren William Urquhart u. David Quinto, Rechtsanwälte in Los Angeles, U.S.A.; gemeinsame Veranstaltung mit MPI
"Protection of Trade Secrets in the United States: An Overview"
- 12.05.2004 Herr Prof. Dr. Eike Ullmann, Vorsitzender Richter des I. Zivilsenats am Bundesgerichtshof
"Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Schutz der Marke in Rechtsbeschwerde und Revision"

Arbeitskreis Nordbayern

- 08.05.2003 Richter am Bundesgerichtshof i.R. Prof. Dr. Otto Teplitzky
„Aktuelle Fragen der Rechtsdurchsetzung im Wettbewerbs- und Markenrecht“
- 18.09.2003 Richter am Bundesgerichtshof Dr. Wolfgang Schaffert
„Von der Wertbezogenheit zur Wettbewerbsbezogenheit.
– Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Wettbewerbswidrigkeit von Normverstößen“

- 17.11.2003 Rechtsanwalt Dr. Erhard Keller, Düsseldorf
 „Schwerpunkte der UWG-Novelle“
- 26.02.2004 Dr. Roland von Fleckenstein
 „Neues aus der Spruchpraxis der Schiedsstelle zum Arbeitnehmerer-
 finderrecht“
- 12.05.2004 Alfred Keukenschrijver, Richter am Bundesgerichtshof
 „Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
 zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht“.

Bezirksgruppe Südwest

- 04.07.2003 Jörg Portmann, Regierungsdirektor beim Deutschen Patent-
 und Markenamt
 Seminar: Eintragung und Schutzzumfang von Marken
- 17.07.2003 Prof. Dr. Christoph Ann LL.M., TU München
 „Schuldrechtsmodernisierung und gewerblicher Rechtsschutz“
- 17.09.2003 Dr. Astrid Meckel, Richterin am Landgericht Frankfurt
 „Wann ist ein Gesetzesverstoß noch ein Wettbewerbsverstoß –
 neuere Tendenzen der Rechtsprechung zum Vorsprung durch
 Rechtsbruch“
- 07.10.2003 Dr. Achim Bender, Richter am BPatG
 „Die Rechtsprechung des EuGH und EuG zum Gemeinschafts-
 markenrecht und die Weiterentwicklung desselben durch das HABM
 in Alicante“
- 17.10. 2003 PA Dr. Martin Schlötelburg, Harmonisierungsamt für den
 Binnenmarkt
 „Gemeinschaftsgeschmacksmuster: Eintragung und Nichtigkeit“

- 06.11.2003 Prof. Dr. Willi Erdmann, Vors. Richter am Bundesgerichtshof a.D.
„Die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit von Zugaben und Rabatten nach Aufhebung der Zugabeverordnung und des Rabattgesetzes“
- 10.12.2003 Dr. Paul Ströbele, Vors. Richter am Bundespatentgericht
„Die neuen Markenformen im Kollisionsfall“
- 21.01.2004 Dr. Jürgen Wallner, Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Dresden
„Die Insolvenzfestigkeit der Lizenz, insbesondere an Urheberrechten“
- 11.02.2004 Busso Bartels, PCT-Advisor der WIPO und International Patent Consultant, Genf
„Reform des PCT und Anmeldestrategie“
- 10.03.2004 Dr. Peter Meier-Beck, Richter am Bundesgerichtshof
„Aktuelle Entwicklungen bei der Schutzbereichsbestimmung im Patentrecht“
(gemeinsam mit Arbeitskreis Mannheim)
- 20.04.2004 Prof. Dr. Thomas Hoeren, Lehrstuhl für Rechtsinformatik, Münster
„Domain als Kennzeichen; markenrechtliche Auswirkungen der Benutzung von Domains“
- 24.04.2004 Joachim Starck, Richter am Bundesgerichtshof a.D.
„Das Recht der Marken und sonstigen Kennzeichen“
- 19.05.2004 RA Prof. Dr. Christian Rohnke, Hamburg
„Rechtserhaltende und rechtsverletzende Benutzung von Marken im Lichte der jüngsten Rechtsprechung des EuGH und des BGH“

- 16.06.2004 Prof. Dr. Peter W. Heermann, Universität Bayreuth
„Aktueller Stand der UWG-Novelle – Überblick und einzelne Fallgruppen“
- 07.07.2004 Prof. Dr. Christoph Ann, Technische Universität München
„Patentverletzung durch Instandsetzung patentierter Vorrichtungen“

Arbeitskreis Mannheim:

- 16.10.2003 Prof. Dr. Ulrich Loewenheim, Frankfurt
„Die neuen Gesetzgebungsvorhaben im europäischen und deutschen Kartellrecht“
- 04.12.2003 Prof. Dr. Josef H. Reichholf,
„Droht uns eine Klimakatastrophe?“
- 26.02.2004 Rechtsanwalt Prof. Dr. Peter Chrocziel, Frankfurt
„Die Insolvenz des Lizenzgebers“
- 22.04.2004 Frank Peter Goebel, Vors. Richter am Bundespatentgericht
„Die neuere Rechtsprechung des BPatG zum Gebrauchsmusterrecht“
- 01.07.2004 Prof. Dr. Joachim Bornkamm, Richter am Bundesgerichtshof
„Das neue UWG“

Bezirksgruppe Frankfurt

- 22.05.2003 Dr. Peter Meier-Beck, Richter am Bundesgerichtshof
"Aktuelle Entwicklungen bei der Schutzbereichsbestimmung im Patentrecht"
- 26.06.2003 Dr. Paul Ströbele; Vorsitzender Richter am Bundespatentgericht
"Dreidimensionale Marken und sonstige neue Markenformen im Kollisionsfall"

- 26.11.2003 Margot von Renesse, Ehemalige Vorsitzende der Bundestags-
Enquete-Kommission 'Recht und Ethik der modernen Medizin';
Familienrichterin a.D. -
"Gesetzgebung im Wertekonflikt"
- 22.01.2004 Prof. Joachim Starck, Richter am Bundesgerichtshof a.D.
"Der Schutz von Warengestaltungen - Geschmacksmuster -
Marken - Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz"
- 11.03.2004 Prof. Dr. Hans-Kurt Mees, Richter am Bundesgerichtshof a.D.
"Umdenken bei Anwendung der neuen UWG"
- 03.06.2004 Dr. jur. Franz Hacker, Vors. Richter am Bundespatentgericht
"Aktuelle Fragen aus dem Recht der geographischen
Herkunftsangaben - nationale und europäische -"
- 09.09.2004 Joëlle Sanit-Hugot, Leiterin der globalen Markenabteilung der
Aventis-Gruppe, Paris
"Freier Warenverkehr versus Markenrecht"

Bezirksgruppe West

- 16.06.03 Dr. Peter Meier-Beck, Richter am Bundesgerichtshof
"Aktuelle Entwicklungen bei der Schutzbereichsbestimmung im
Patentrecht"
- 18.08.03 Rechtsanwalt Prof. Dr. Christian Rohnke, Hamburg
"Rechtserhaltende und rechtsverletzende Benutzung von Marken im
Lichte der jüngsten Rechtsprechung des EuGH und des BGH"
- 06.10.03 Rechtsanwalt Dr. Erhard Keller, Düsseldorf
"Ausgewählte Aspekte des Entwurfs für ein neues UWG"

- 01.12.03 Rechtsanwältin Dr. Daniela Seeliger, LL.M.,
"Modernisierung des Kartellrechts - die neue Verordnung 1/2003 und
die 7. GWB-Novelle"
- 12.12.03 Gemeinschaftsveranstaltung m.d. Forschungsstelle für gewerblichen
Rechtsschutz
Herr Erik Nooteboom, Europäische Kommission, Brüssel
"The latest developments in EC - IPR law and future prospects"
- 16.02.04 Frau Marianne Grabucker, Vorsitzende Richterin beim
Bundespatentgericht
"Aktuelle Probleme des Verfahrens des Bundespatentgerichts zum
Markenrecht"
- 01.03.04 Herr Dr. Ulrich Joos, Hauptjurist in der Direktion Internationale
Rechtsangelegenheiten des Europäischen Patentamts
"Aktuelle Entwicklungen im europäischen Patentrecht"
- 22.03.04 Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens, Universität Osnabrück
"Die Begründung von UWG-Entscheidungen nach den Vorgaben
des BVerfG"
- 03.05.04 Prof. Joachim Starck, Richter am Bundesgerichtshof a.D.
"Der Schutz von Warengestaltungen"
- 24.05.04 Dr. Volker Winterfeld, Vorsitzender Richter am Bundespatentgericht
„Neuere Rechtsprechung des BPatG zum Patentrecht"
- 12.06.04 Prof. Dr. Anja Steinbeck, Universität zu Köln
"Was ist aus den Tatbeständen "übertriebenes Anlocken",
"psychischer Kaufzwang" etc. geworden? Eine Neubewertung nach
§ 4 Reformgesetz"

30.08.04 RA Dr. Meyer, München
"Das neue Lebensmittel und Futtermittelgesetzbuch"

Bezirksgruppe Nord

- 16.6.2003 Achim Bender, Richter am Bundespatentgericht
„Neueste Entwicklungen des Gemeinschaftsmarkensystems in
Praxis und Rechtsprechung“
- 01.09.2003 Prof. Dr. Willi Erdmann, Vors. Richter am Bundesgerichtshof a.D.
„Die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit von Zugaben und Rabatten“
- 17.11.2003 Frank Peter Goebel, Vors. Richter am Bundespatentgericht
„Zur aktuellen Entscheidungspraxis des Gebrauchsmuster-
Beschwerdesenats des BPatG“
- 15.12.2003 Marianne Grabucker, Vors. Richterin am Bundespatentgericht
„Neueste Rechtsprechung im Markenrecht“
- 16.2.2004 Dr. Volker Deutsch, Richter am LG Hamburg i.R.
„Die Bedeutung der Winnetou-Entscheidungen des BGH“
- 15.3.2004 Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens, Universität Osnabrück
„Die Begründung von UWG-Entscheidungen nach den Vorgaben des
Bundesverfassungsgerichts („Benetton“-Rechtsprechung)“
- 19.4.2004 Prof. Joachim Starck, Richter am Bundesgerichtshof a.D.
„Der Schutz von Warengestaltungen (Geschmacksmuster – Marken
– Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz)“
- 17.6.2004 RA. Dr. Leopold v. Gerlach
„Die neue Gruppenfreistellungsverordnung für Technolo-
gietransfervereinbarungen“

6.9.2004 Prof. Dr. Peter Heermann, Universität Bayreuth
„Ausgewählte Aspekte der UWG-Reform“

Bezirksgruppe Berlin

10.01.2003 Prof.Dr. Jürgen Becker, GEMA, München
“Aufbau und Funktion musikalischer Verwertungsgesellschaften”,

22. 03.2004 Prof.Dr. Peter W. Heermann, Universität Bayreuth
“Aspekte der UWG-Reform”,

26.04.2004 RA Gerhard Pfennig, VG Bild-Kunst, Bonn
“Europäische Entwicklung des Urheberrechts der bildenden
Künstler”,

10.05.2004 Dr. Christian Wichard , WIPO, Genf
“WIPO-Schlichtungsverfahren auf dem Gebiet des geistigen
Eigentums”,

24.05.2004 Prof.Dr. Karl-Heinz Fezer, Universität Konstanz
“Das neue Lauterkeitsrecht der UWG-Reform - Prinzipien einer
nationalen Deregulierung und europäischen Harmonisierung”

14.06.2004 Jürgen Dembowski, Vors.Richter am OLG Frankfurt/Main
“Schutzumfang der Warenformmarke im Verletzungsprozess”

28.06.2004 Prof. Don Chisum, Santa Clara University Law School
“Transnational Impacts of United States Patent Law”.

Bezirksgruppe Mitte-Ost

27.05.2003 Dr. Martin Schlötelburg u. RiBPatG Jürgen Kunze, Alicante, München
„Neueste Entwicklungen im Geschmacksmusterrecht“

- 24.07.2003 Dr. Siegfried Greif, Deutsches Patent- und Markenamt München
„Patente als Indikatoren für technologische und wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen“
- 25.09.2003 Prof. Dr. Peter Jung, Universität Halle
„Die Zwangslizenz im Patent- und Urheberrecht als Instrument aktueller Wettbewerbspolitik“
- 20.11.2003 Prof. Dr. Peter W. Heermann, Universität Bayreuth
„Ausgewählte Probleme der bevorstehenden UWG-Reform“
- 18.12.2003 PA Dipl.-Phys. Markus Hössle, Stuttgart
„Der Schutz softwarebezogener Erfindungen – die EU-Richtlinie zur Patentierung von Software“
- 29.01.2004 Priv.-Doz. Dr. Maximilian Haedicke, Universität Freiburg
„Patentkauf- und Lizenzverträge und das neue Schuldrecht“
- 25.03.2004 Dr. Martin Marx, Vors. Richter beim Oberlandesgericht Dresden
„Rechtsprechung des 14. Senats des OLG Dresden zum gewerblichen Rechtsschutz“
- 27.05.2004 Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Nippe, Dresden
„Grundzüge des neuen Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb“
- 24.06.2004 Dr. Volker Deutsch, Vorsitzender Richter am Landgericht a.D.
„Die Bedeutung der „Winnetou“-Entscheidung des BGH
- 01.07.2004 Markus Kühne, Deutsches Patent- und Markenamt, Dienststelle Jena
„Die Reform des Deutschen Geschmacksmusterrechts“
- 29.07.2004 Prof. Dr. Volker Jähnich, Universität Jena
„Das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerbs“

Alicante

30.06.2003

Frau Prof. Dr. Kur

„Community Trade Marks and Community Designs – distant cousins or two sides of the same coin?“

Daneben gab es zahlreiche interne Sitzungen, um einen Vorschlag der GRUR zum Änderungsvorschlag des Rates zur Gemeinschaftsmarkenverordnung (GMV) zu erarbeiten, der dann vom GRUR-Vorstand übernommen und vom Präsidenten am 3.4.2003 der Kommission unterbreitet wurde. Der Vorschlag ist sowohl auf der Internetseite der GRUR veröffentlicht als auch in GRUR 2003, 766. Er hat in wesentlichen Bereichen die Beratungen der Reform im Ausschuss in Brüssel beeinflusst und ist in zahlreichen Punkten in die endgültige Fassung der Änderungsverordnung des Rates aufgenommen worden.

Weiterhin hat der Arbeitskreis im Dezember 2003 einen eigenen Vorschlag zum Änderungsvorschlag der Kommission zur Verfahrensordnung der Beschwerdekammern erarbeitet und sich im Februar 2004 auf einer Veranstaltung mit den bislang bekannten Vorschlägen zur Reform der Durchführungsverordnung zur GMV befasst.

IV. Die Zeitschriften GRUR, GRUR Int., GRUR-RR:

Die Zusammenarbeit mit dem Beck-Verlag verläuft problemlos. Unverändert finden zwei mal im Jahr Redaktionskonferenzen statt, an der Vertreter des Geschäftsführenden Ausschusses der Vereinigung, Vertreter des Beck-Verlages und vor allen Dingen die Herausgeber teilnehmen. In diesen Sitzungen werden alle wichtigen Themen, aber auch streitige Punkte angesprochen, so dass etwaige Differenzen sofort beigelegt werden können. Schwerpunkt des letzten Zusammentreffens war die Frage, ob und ggfs. wie die Zeitschriften inhaltlich anders gestaltet werden können. Ausgangslage waren die Abonnementszahlen bei GRUR RR, aber auch die Frage, wie die Darstellung von nationalem und internationalem Recht, insbesondere die EuGH-Urteile, auf die einzelnen Zeitschriften zu verteilen ist. Eine Reihe von Vorschlägen, insbesondere zur Gestaltung von GRUR RR wurden erarbeitet.

Im Jahre 2003 haben sich die Abonnentenzahlen wie folgt entwickelt:

GRUR

Stand 31.12.2001	3082
Stand 31.12.2002	2958
Stand 31.12.2003	2927
(Stand 31.08.2003	2.832)

GRUR Int.

Stand 31.12.2001	2046
Stand 31.12.2002	1937
Stand 31.12.2003	1925
(Stand 31.08.2004	1835)

GRUR RR

Stand 31.12.2001	747
Stand 31.12.2002	715
Stand 31.12.2003	730
(Stand 31.08.2003	720)

IIC

Stand 31.12.2001	928
Stand 31.12.2002	756
Stand 31.12.2003	769

GRUR CD-ROM

Grundwerk 2002	435 (zur Fortsetzung)
Grundwerk 2002	21
Abo 2002 Z	356 (zur Fortsetzung)
Update 2002	11
Grundwerk 2003	23 (zur Fortsetzng)
Grundwerk 2003	19
Abo 2003 Z	322 (zur Fortsetzung)
Update 2003	24

GRUR DVD

Grundwerk 2002	22 (zur Fortsetzung)
Grundwerk 2002	5
Abo 2002 Z	26 (zur Fortsetzung)
Grundwerk 2003	16 (zur Fortsetzung)
Grundwerk 2003	6
Abo 2003 Z	48

Die Gründe für den Schwund der Abonnentenzahlen bei allen drei GRUR-Zeitschriften ist in der Redaktionskonferenz untersucht und diskutiert worden. Dieser Schwund korreliert mit der Einführung der CD-ROM. Insbesondere größere Rechtsanwaltskanzleien, möglicherweise aber auch andere Institutionen, die früher Mehrfach-Bezieher der Zeitschriften waren, haben nunmehr die CD-ROM bestellt, haben aber in Printform nur noch ein Abonnement. Wenn dies der Hauptgrund ist, was nicht sicher feststeht, müßte sich dieser Trend wegen der wachsenden Teilnehmerzahlen spätestens 2005/2006 wieder umkehren. Dies wird vom Geschäftsführenden Ausschuss, wird aber auch von der Redaktion beobachtet werden.

V. Fortbildungsprogramm von GRUR:

Seit Jahrzehnten arbeiten GRUR und die Deutsche Anwaltsakademie zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zusammen. Auch im vergangenen Jahr konnten insgesamt 25 Fort- und Ausbildungsveranstaltungen mit 568 Teilnehmern durchgeführt werden. Im Wechsel mit dem Fachverlag wird im Sommer ein Expertenkurs angeboten. Im Jahre 2003 ist dieser Kursus von der Anwaltsakademie zusammen mit der Vereinigung gestaltet worden. Tagungsort war die Abbazia die Spineto, ein altes Kloster in der Toskana. In diesem Jahr hat der Fachverlag seinen Lehrgang in Salso Maggiore in der Emilia Romagna abgehalten.

VI. Wissenschaftsfonds:

Ein Großteil der Ausgaben der Vereinigung wird durch den Wissenschaftsfonds verwaltet und gesteuert. Auch im vergangenen Jahr sind Stipendien vergeben, zahlreiche Lehrstühle durch sog. Bücherspenden unterstützt und eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen finanziell gefördert worden. Im April 2004 hat Herr Professor Theo Bodewig sein Amt als Professor und Institutsdirektor des Lehrstuhls

für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, insb. Patentrecht an der Humboldt Universität in Berlin angetreten. Für die kommenden vier Jahre wird dieser Lehrstuhl durch Spenden, aber maßgeblich auch durch die Vereinigung finanziert.

Im einzelnen sind die folgenden Beträge für die nachfolgend aufgeführten Zwecke ausgegeben worden:

A.	Zuschüsse für Literaturbeschaffung (12 Lehrstühle)	€ 26.920,00
B.	Druckkostenzuschüsse (10 Mal)	€ 24.420,00
C.	Bücherspenden für Gerichte i.d. neuen Bundesländern (Folge- und Ergänzungslieferungen)	€ 792,66
D.	GRUR-Stipendien (7 Stipendiaten)	<u>€ 51.572,00</u>
Gesamt:		<u>€ 119.704,66</u>

Der Gesamtvorstand hatte im Jahr 2003 beschlossen, eine weitere Stiftungsprofessur an der TU Karlsruhe, wiederum für die Bereiche Patentrecht anzustreben. Die Verhandlungen sind im vergangenen Jahr nicht vom Fleck gekommen. Zwar sind die organisatorischen Voraussetzungen insoweit geschaffen, als der Fachbereich, Universität und Ministerium der Einrichtung eines Lehrstuhls zu bestimmten Konditionen zustimmen. Die Vereinigung ist aber nicht aus eigenen Mitteln in der Lage, diesen Lehrstuhl zu finanzieren. Sie muss wie auch beim Lehrstuhl an der Humboldt Universität fremde Spenden einwerben. Die bisherigen Bemühungen waren nicht sehr erfolgreich. Die Zeiten sind nicht sonderlich günstig, Spenden im erheblichem Umfange einzusammeln. Es kommt hinzu, dass die Patentanwaltskammer ebenfalls die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhl beschlossen hat, dies an der Fernuniversität in Hagen. Schwerpunkt dieses Lehrstuhls soll vor allen Dingen die Fortbildung der Patentanwaltschaft, Schwerpunkt soll aber auch das europäische und das Patentrecht anderer Staaten bzw. Organisationen von Staaten sein. An der Gründung eines Fördervereins für dieses Projekt hat die Vereinigung teilgenommen. Grundsätzlich sind die Bestrebungen der Patentanwaltskammer sehr sinnvoll. Andererseits erschweren sie die Bemühungen der Vereinigung, einen Stiftungslehrstuhl in Karlsruhe zu schaffen, da diejenigen, die um Spenden angegangen werden, weitgehend identisch sind. Die Vereinigung wird bemüht sein, die Aktivitäten der Patentanwaltskammer und die eigenen Aktivitäten sinnvoll miteinander zu koordinieren.

Aber nicht nur im Patentrecht, auch im Wettbewerbs- und Markenrecht ist ein weiterer Lehrstuhl mit Institut hinzugekommen, nämlich der Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht und gewerblichen Rechtsschutz an der Universität zu Köln. Auch hier hat die Vereinigung sich nachhaltig engagiert. Mit Hilfe der von der Vereinigung zur Verfügung gestellten Mittel war es möglich, aus einer C3-Stelle eine C4-Stelle zu machen, diesem Lehrstuhl dann ein eigenes Institut zuzuordnen. Die Vereinigung hat sich verpflichtet, die Differenz der Kosten einer C3 zu einer C4-Professur für eine Anlaufzeit zu tragen. Außerdem wurde für ein Jahr eine halbe Assistentenstelle geschaffen, dies neben der Assistentenstelle, die aus den Mitteln der Universität bezahlt wird. Erster Lehrstuhlinhaber ist Frau Professor Dr. Anja Steinbeck-Menke.

VII. Internationalisierung:

Das Thema der sog. Internationalisierung war Gegenstand des Geschäftsberichts der letzten Jahre. Der Gesamtvorstand hatte dem Geschäftsführenden Ausschuss aufgegeben, in einem gesondert gebildeten Arbeitskreis konkrete Schritte zu überlegen. Nachdem über viele Jahre Herr Ministerialdirigent a.D. Schäfers für die Vereinigung internationale Kontakte geknüpft hatte, ist nunmehr eine neue Stelle geschaffen worden. Seit dem 1. April 2004 ist Frau Dr. Hasse Mitarbeiterin der Vereinigung und hat die Aufgabe, die Tätigkeiten, die Herr Schäfers begonnen hat, zu übernehmen, im Rahmen einer vollen Stelle die Öffnung der Vereinigung im internationalen Bereich voranzutreiben. Die Tätigkeit umfasst nicht nur die Beschäftigung mit den rechtlichen Inhalten anderer Nationen, internationaler Institutionen und internationaler Verbände. Frau Dr. Hasse soll auch die von Herrn Schäfers geknüpften Kontakte intensivieren und ausweiten.

Darüber hinaus hat eine vom Geschäftsführenden Ausschuss berufene Arbeitsgruppe getagt, hat ein Papier entworfen, wie zukünftig der Weg der Vereinigung in die Internationalität auszusehen hat. Über dieses Papier wird auf der diesjährigen Jahrestagung diskutiert werden. Die Arbeitsgruppe hat dem Gesamtvorstand vorgeschlagen, dass die Vereinigung zwar ihre Aufgaben als eine nationale Vereinigung weiter erfüllen soll, dass sie aber in Struktur und Inhalt dem Umstand Rechnung tragen muß, dass das von uns wahrgenommene Rechtsgebiet kein deutsches

Rechtsgebiet mehr ist. Struktur und Inhalt bedeuten, dass neben der neu eingerichteten Stelle (Frau Dr. Hasse) weitere Gremien geschaffen werden müssen, die die Öffnung der Vereinigung nach draussen tatsächlich umsetzen, dass aber auch die vorhandenen Gremien, insbesondere natürlich die Fachausschüsse sich nicht nur mit ausländischen Themen beschäftigen sollen. Durch Mitglieder aus anderen EU-Staaten oder auch durch Gäste soll die Basis der Diskussion verbreitert werden. Diese Öffnung muß sich in den Gremien der Vereinigung widerspiegeln, zumal bereits jetzt eine Reihe ausländischer Mitglieder in der Vereinigung tätig sind.

Durch die Initiative von Herrn Schäfers gibt es ein jährliches Treffen von Vereinigung mit besonderem Interesse im Markenrecht, nämlich APRAM (Frankreich), ITMA (Vereinigtes Königreich), BMM (Benelux), ECTA und Marques. Im Februar dieses Jahres hat GRUR dieses Treffen in Berlin ausgerichtet. Es diente der Intensivierung der Kontakte, aber natürlich auch sachlichen Themen des Internationalen Markenrechts.

VIII. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen:

VPP:

Die Zusammenarbeit mit VPP verläuft reibungslos, ist für beide Vereinigungen fruchtbar. Zahlreiche Mitglieder von GRUR nehmen an den zweimal jährlich stattfindenden Tagungen der VPP teil, Vorstandsmitglieder von VPP sind im Vorstand der Vereinigung vertreten. An der inhaltlichen Gestaltung des Fortbildungsprogramms ist VPP ebenfalls beteiligt. Den Mitgliedern von VPP ist die Teilnahme an diesen Fortbildungsveranstaltungen zu vergünstigten Konditionen möglich.

AIPPI:

Seit Jahrzehnten sind AIPPI, nationale Landesgruppe, und GRUR in den Leitungsgremien miteinander verflochten. Aber auch die Zusammenarbeit mit AIPPI selbst gestaltet sich inhaltlich und in der Besetzung der Gremien konstruktiv.

IX. Aus der Geschäftsstelle:

Die Geschäftsstelle wird unverändert von Frau Kreis geleitet. Das gilt für inhaltliche Gestaltung, Organisation und Sekretariatsarbeiten, aber auch für die Buchhaltung. Trotz zunehmender Tätigkeiten und wachsender Mitgliederzahlen ist bislang nicht

beabsichtigt, die Geschäftsstelle durch weitere Mitarbeiter auszuweiten. Die Tätigkeit von Herrn Rosner, der insbesondere für die Internetauftritt zuständig war, endet in diesem Jahr. Herr Rosner war der Vereinigung über 2,5 Jahre als Stipendiat verbunden. Für seinen Einsatz möchten wir ihm herzlich danken.

Neu in der Geschäftsstelle ist, wie oben dargestellt, Frau Dr. Hasse, die auch die Aufgaben von Herrn Rosner übernehmen wird.

X. Statistische Daten:

Mitgliederstand 01.01.2003	4.036
2003 neu beigetreten	385
Ausgeschieden durch Kündigung	161
Ausgeschieden wegen Nichtzahlung des Beitrages/unbekannt verzogen	68
Verstorben	<u>6</u>
Mitgliederstand 31.12.2003	4.162

XI. Zusammenfassung und Ausblick:

Die Schwerpunkte des vergangenen Jahres werden auch die Schwerpunkte des kommenden Jahres sein, nämlich Internationalisierung, Arbeit der Fachausschüsse und Tätigkeit des Wissenschaftsfonds. Die Bedeutung der Vereinigung für die Gebiete des Gewerblichen Rechtsschutzes ist unverändert groß, dies trotz des scheinbaren Verblässens des nationalen Charakters in einer internationalen Rechtslandschaft. Das hat seinen Grund darin, dass bei aller Internationalisierung der Inhalte die Vereinigung die Aufgabe hat, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Diese sind aber in der Mehrzahl Mitglieder, die trotz internationaler Tätigkeiten ihren Mittelpunkt in Deutschland haben.

Dr. Michael Loschelder